

Deutschland-Konferenz ohne Moskau

Kreml hat sich verrechnet — Ablehnende Note stärkt EVG

Berlin (AP/DPA). Die ablehnende Note der Sowjetunion auf die westliche Einladung zu einer Konferenz über das Deutschland-Problem hat eine für Moskau unerwartete Wirkung gehabt. Die Note sollte von der Wiedervereinigung Deutschlands ablenken, indem sie China und Korea in den Vordergrund stellte. Statt dessen hat sie bewirkt, daß der über die Kreml-Antwort enttäuschte und empörte Westen um so mehr zur Lösung der Deutschland-Frage und zur deutschen Wiedervereinigung entschlossen ist und die Befürworter der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine stärkere Position haben als je zuvor. Nachdem Moskau die Einladung zu dem Treffen in Lugano ignorierte, werden die Regierungschefs und die Außenminister der drei Westmächte vom 4. bis zum 8. Dezember auf den Bermuda-Inseln gemeinsam ohne Moskau über die Deutschlandfrage beraten.

In den Hauptstädten der drei Westmächte gilt es als sicher, daß Churchill, Eisenhower und Laniel sowie die Außenminister Eden, Dulles und Bidault in erster Linie auch über die Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands sprechen werden, d. h. die Inkraftsetzung der Deutschlandverträge, die bisher durch ihre Verbindung mit dem EVG-Vertrag verzögert worden ist.

Allgemein nimmt man an, die Konferenz werde eine gemeinsame Erklärung bringen, daß die „Großen Drei“ auf eine Wiedervereinigung Deutschlands drängen. Frankreich werde sich außerdem für den EVG-Vertrag aussprechen.

Als Themen für die Bermuda-Konferenz werden in London noch genannt: 1. Neue Angebote und Vorschläge an Moskau oder verstärkte Wiederaufnahme der Deutschlandpolitik ohne die Sowjetunion. 2. Das Problem des Sicherheitssystems.

In Washington hat US-Außenminister Dulles auf einer Pressekonzferenz angekündigt, daß „bestimmte Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands“ in Kürze gefällt werden sollen. Bundeskanzler Dr. Adenauer werde über alle Schritte zur

Wiederherstellung der deutschen Selbständigkeit konsultiert werden. Die Ansichten der Bundesregierung seien in diesem Fall von großer Bedeutung.

Nur wenige Stunden nach der ausweichenden Antwort der So-

Sachverständige der drei Westmächte arbeiten trotz dieser Maßnahmen eine Antwortnote an die Sowjetunion aus. Amtliche Kreise teilten dazu mit, die Note werde kurz und scharf sein und das Bedauern der Westmächte darüber zum Ausdruck bringen, daß die Sowjetunion zum zweitenmal das westliche Angebot einer Außenministerkonferenz über Deutschland und Österreich ignoriert habe. Der Westen werde aber dieses Angebot nicht mehr wiederholen, sondern klarmachen, daß die Initiative zu derartigen Verhandlungen künftig von der Sowjetunion ausgehen müsse.

Die Bundesregierung wird bei der Abfassung der Antwort wiederum zu Rate gezogen werden.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift „US News and World Report“ er-

wjetunion hat auch der Atlantikrat den Termin für die nächste Tagung der NATO festgesetzt. Am 14. Dezember werden sich in Paris die Außen-, Finanz- und Verteidigungsminister sowie die militärischen Führer der vierzehn NATO-Staaten treffen, um die Rüstungspläne für 1954 festzulegen.

Dieser Beschluß ist um so bemerkenswerter, als die sowjetische Note zum erstenmal die Bedingungen für eine Konferenz andeutete: Verzicht auf das EVG-Projekt. Nach übereinstimmenden Berichten hat aber gerade diese Bedingung die Aussichten für eine baldige Ratifizierung des EVG-Vertrages, besonders in Frankreich, verstärkt.

Nur kurze Antwortnote

klärt, der Deutschlandvertrag müsse irgendwie verwirklicht werden, wenn die EVG-Frage nicht bis Ende des Jahres geklärt sei. „Man kann den Deutschlandvertrag nicht auf Eis legen, und man kann auch nicht die Gefühle des deutschen Volkes auf Eis legen.“

Der Bundeskanzler erklärte weiter: „Ich glaube, die Sowjetunion wird an einer Regelung der deutschen Frage nur dann interessiert sein, wenn sie der Ansicht ist, daß eine solche Regelung am besten ihren Interessen dient.“ Dies werde vielleicht der Fall sein, wenn Westeuropa sich so weit zusammengeschlossen habe, daß die Sowjetunion ihre Hoffnungen auf eine Kontrolle über Westeuropa aufgeben müsse, und wenn gleichzeitig die inneren Schwierigkeiten in der UdSSR zunähmen.

Das Drama „Viererkonferenz“

WG. Es hat wahrscheinlich in der Geschichte der Diplomatie noch nichts gegeben, was dem Schauspiel vergleichbar wäre, das unter dem Titel „Viererkonferenz“ seit Jahr und Tag über die weltpolitische Bühne geht. Wir erleben augenblicklich den dritten Akt des Dramas, das in dieser Form nur möglich ist, weil eine der Hauptrollen den Sowjets zugefallen ist.

Palais Marbre Rose

Das Drama begann (nach fruchtlosen Versuchen früherer Jahre) Anfang März 1951 im Pariser Palais Marbre Rose mit einer Beratung der vier Außenminister-Stellvertreter, die den bescheidenen Auftrag hatten, eine Tagesordnung für die geplante Viererkonferenz zu entwerfen. Der in der ersten Sitzung von den Westmächten eingebrachte Vorschlag empfahl als ersten Punkt die Prüfung der Ursachen der europäischen Spannungen und die Herbeiführung einer dauerhaften Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion. An zweiter Stelle stand der österreichische Staatsvertrag und endlich an dritter Stelle die Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland, Gromyko, einer der ersten Njet-Spezialisten Moskaus und Fachmann für Verzögerungen, Tarnungen und Komplikationen jeder Art, nannte als Themen der Tagesordnung: Erfüllung des Potsdamer Abkommens im Sinne der Verhinderung einer Wiederbewaffnung Deutschlands, Zurückziehung aller Besatzungstruppen sowie Verringerung der Streitkräfte der Westmächte und der Sowjetunion. So fing es an...

Nach mehr als 70 Sitzungen und einer Dauer von über drei Monaten wurde diese Vorkonferenz am 21. Juni 1951 ergebnislos abgebrochen. Die Verhandlungen scheiterten an der von den Sowjets im letzten Augenblick weit hergeholtten Forderung, daß auch der Atlantikpakt und die amerikanischen Stützpunkte in Europa auf die Tages-

ordnung gesetzt werden müßten. Das war der beabsichtigte und wohlgezielte Dolchstoß gegen die Konferenz.

Der große Notenkampf

Das war der erste Akt des Dramas „Viererkonferenz“. Der zweite Akt begann ziemlich genau ein Jahr nach dem Beginn des ersten. Es war dieses Mal ein Notenwechsel, der über vier Runden und mehr als sechs Monate ging. Eröffnet wurde er von Moskau selbst am 10. März 1952 mit einer Note, die in mehreren Punkten die sowjetischen Forderungen zu einem deutschen Friedensvertrag darlegte. Die Westmächte antworteten mit dem Ruf nach freien Wahlen, die das Leitmotiv des Notenwechsels wurden. An seinem Ende wurde die letzte westliche Note am 23. September 1952 von Moskau nicht mehr beantwortet.

Der dritte Akt, wiederum ein Notenwechsel, begann gemäß einer auf der Washingtoner Außenministerkonferenz beschlossenen Initiative mit einer westlichen Note am 15. Juli 1953. Die Note enthielt die Einladung zu einer Viererkonferenz der Außenminister, auf der vor allem eine Lösung der Deutschlandfrage versucht werden sollte. Dieser neue Notenwechsel, der mit festen Terminen und großzügigem Verzicht auf Vorbedingungen eine zweimalige Einladung Moskaus nach Lugano brachte, ging bisher über drei Runden. Das letzte Dokument war die sowjetische Note vom 3. November, die weder von der Einladung nach Lugano überhaupt Kenntnis nahm noch auch sonst ein sachliches Entgegenkommen zeigte.

Wenn man in dieser Note liest, daß die Regelung der Deutschlandfrage im Interesse der europäischen Sicherheit mit der Beseitigung der amerikanischen Militärstützpunkte untrennbar verbunden sei, dann erinnert man sich an den Bruch im Palais Marbre Rose und fühlt, wie wenig sich in mehr als zwei Jahren geändert hat. Dieser Mißerfolg eines unermüdlichen Verhandlungswillens ist kaum geeignet, die sowjetische Drohung empfindlich zu machen, daß mit der Ratifizierung der Verträge die Erörterung der

Deutschlandfrage auf einer Viererkonferenz gegenstandslos werde. Offenbar ist es nämlich überhaupt kaum möglich, mit den Sowjets zu einer solchen Konferenz zu gelangen, es sei denn, daß der Westen sich den Forderungen Moskaus bedingungslos unterwirft.

Globale Lösung?

Neben dem ewig Gleichen in der sowjetischen Argumentation sind allerdings auch gewisse Wandlungen der diplomatischen Taktik Moskaus gegenüber einer Viererkonferenz zu verzeichnen. Das ewig Gleiche äußert sich vor allem in dem Bestreben, die Einordnung Deutschlands in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und überhaupt die Einigung und Stärkung Europas zu verhindern. In der letzten sowjetischen Note findet dieser Wille seinen schärfsten Ausdruck. Eine gewisse Veränderung der sowjetischen Taktik zeigt die in dem letzten Notenwechsel sichtbar gewordene Tendenz, von der ursprünglich europäischen Tagesordnung einer Viererkonferenz auf globale Themen umzuschalten. Das äußert sich vor allem in dem von Moskau immer mehr betonten Vorrang einer Fünferkonferenz einschließlich Rotchinas gegenüber der mehr europäischen Problemen zugewandten Viererkonferenz. Man wird die Möglichkeit bedenken müssen, daß die sowjetische Tendenz zu einer Globallösung, die mit Rotchina allerschwierigste Probleme aufwerfen würde, nur eine Methode sein könnte, um auch die europäischen Lösungen zu verhindern, in denen der schlechte Wille Moskaus bereits empfindlich bloßgestellt ist.

Folgerungen für Deutschland

Hier zeigt sich eine Erstarrung kalter Fronten, die leider die Wiedervereinigung Deutschlands, dieses nach wie vor „oberste Ziel der deutschen Politik“, weiter in die Ferne rückt. Zwischen den europäischen Notwendigkeiten, zu denen wir uns bekennen, und ihrer Verneinung durch Moskau muß mit den Mitteln einer biegsamen Politik der Weg gebahnt werden, der uns zum Ziele führt. Deshalb wird der Ruf nach einer Viererkonferenz nicht verstummen.

Pankow schreibt Briefe

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Die Pankower Regierung hat, wie Grotewohls Presseamt mitteilte, gleichlautende Schreiben an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs gerichtet, in denen die bekannten von Moskau gegenüber Pankow gemachten Zusagen aufgeführt werden, nämlich u. a. der Verzicht auf Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion vom 1. Januar an, die Senkung der Besatzungslasten und die Übergabe der sowjetischen Aktiengesellschaften. Die Pankower Regierung schreibt: „Das deutsche Volk glaubt berechtigt zu sein, darauf zu bestehen, daß gleichartige Maßnahmen seitens der Regierungen der Westmächte angewandt werden.“

*

DT. Reparationen aus der laufenden Produktion, mit denen die Sowjetzone ausgebeutet wurde, hat es im Bundesgebiet nie gegeben; im Gegensatz zu den Sowjets hielten sich die Westmächte an das Potsdamer Abkommen, das solche Reparationen ausdrücklich verbot. „Amerikanische Aktiengesellschaften“ etwa hat man im Westen ebenfalls nie gekannt. Was sollen also „gleichartige Maßnahmen“? Umgekehrt hätte eine solche Forderung Berechtigung: Pankow sollte sich in einer Note an den Kremel mit der Bitte wenden, endlich die staatsbürgerlichen Freiheiten in der Sowjetzone zu garantieren und den Weg zu freien Wahlen freizumachen.

38000 Auswanderer?

Bonn (AP). Das zwischenstaatliche Komitee für europäische Auswanderung wird im kommenden Jahr 117 500 Europäern, darunter rund 38 000 Deutschen, die Auswanderung nach Übersee ermöglichen, teilte der Pressechef des Komitees, Paul Ladame (Genf), mit.

Die kanadische Einwanderungsbehörde wird in Westberlin künftig ein ständiges Informationsbüro in Zehlendorf (Berliner Straße 25) unterhalten.

„Ich bin kein Auskunftsbüro“

Mikojan berichtet — Verbrauchsplanung in der Sowjetunion

Seit 36 Jahren wird in der Sowjetunion schon geplant, weil die Planwirtschaft der Marktwirtschaft angeblich turmhoch überlegen ist. Jetzt hat der Handelsminister der Sowjetunion, Mikojan, in einer Rede, die von der „Täglichen Rundschau“ im Wortlaut veröffentlicht wird, die Verhältnisse geschildert, mit denen sich der sowjetische Verbraucher heute noch trotz Planung abzufinden hat.

Mikojan sagte zwar: „Dank dem Umstand, daß unsere Wirtschaft eine Planwirtschaft ist, können wir unmittelbar ohne Umwege die Nachfrage errechnen und dementsprechend die Produktion entwickeln.“ Dieses Prinzip scheint aber nicht zu klappen; denn er sagt an anderer Stelle: „Schlecht ist es um die Arbeit in den Handelsorganisationen und Geschäften bestellt hinsichtlich des Sortierens der Waren nach ihren Maßen, Größen, Mustern und Farbönen.“ — „Es ist bei uns zeitweilig so, daß bei Eintritt der Kälte die Filzstiefel nicht ausreichen und im Frühling und Sommer, wenn Filzstiefel nicht benötigt werden, sie in den Geschäften vorhanden sind. Im Frühjahr fehlt es an Sommerstoffen und Schuhwerk, im Winter sind die Geschäfte damit überfüllt.“

„Die Hälfte der städtischen Märkte hat keine Speicher und Kühlanlagen ... Rund 1500 Märkte in den Städten haben keine Kontrollstellen für Fleisch- und Milchprodukte. Auf den städtischen Märkten sind nur 36,2 Prozent der von den Märkten eingenommenen Flächen gepflastert oder asphaltiert.“

Die Kultura der Hygiene macht also nur langsame Fortschritte. Aber man könnte vielleicht bei den Kapitalisten lernen. Mikojan sagt nämlich: „Man kann nicht umhin, die Genossen zu verurteilen, die unter dem Vorwand, einen Kampf gegen die Kriecherei vor dem Fremdländischen zu führen, die ausländische Erfahrung ignorieren und aufgehört haben, sich dafür zu interessieren.“

Verkaufskultur

Unzufrieden ist der Sowjetminister auch mit der Verkaufskultur. Er sagt: „Oft werden Waren unordentlich in Papier verpackt. Beim Einkauf von Kaviar, Quark, Sahne, Honig und Marmelade muß der

Käufer sein eigenes Gefäß mitbringen.“ — „Viele Verkäufer gaben sich damit zufrieden, daß Kartoffeln und Gemüse oft schmutzig, mit Erde oder verdorrt verkauft wurden und diese in Wagen, in Körben und Säcken wegschaffen mußten.“ — Doch damit nicht genug; der Kunde wird dazu noch schlecht behandelt.

„Leider wird noch Klage über unaufmerksames, nicht feinfühliges und manchmal sogar grobes Verhalten der Verkäufer gegenüber dem Käufer geführt. Gerade in bezug auf die Höflichkeit müssen wir einen großen Schritt vorwärts tun.“ Mikojan schildert, daß in einem Warenhaus die Verkäuferin auf die Frage eines Kunden geantwortet habe: „Ich bin kein Auskunftsbüro für Sie, Bürgerin.“ Den Kardinalfehler der Planwirtschaft schildert er wie folgt:

Keine Koordinierung

„Einer der Mängel der Planung ist das Fehlen der erforderlichen Koordinierung zwischen dem Plan des Warenumsatzes in einer örtlichen Handelsorganisation oder einem Laden einerseits und die Sicherstellung der Warenmengen für diesen Plan andererseits.“ Dies scheint allerdings das Grundübel überhaupt zu sein.

Es gibt aber auch noch andere Untugenden, über die Mikojan klagt: „Es kann nicht geduldet werden, daß eine neu herausgebrachte Warenart in der ersten Zeit von hoher Qualität ist, während dann die Aufmerksamkeit der Produzenten für diese Ware nachläßt und ihre Qualität sinkt. Auch kann nicht zugelassen werden, daß die Industrie Waren, die Anklang gefunden haben, nicht weiter herstellt.“ Wie sagte Mikojan anfangs: „Wir können die Nachfrage errechnen und die Produktion dementsprechend entwickeln.“ Dies scheint doch schwer zu sein.

Schluß mit Interzonenpässen!

Pläne der Westmächte — Moskau weicht aus

Bonn (DPA). Die drei westalliierten Besatzungsmächte erwägen gegenwärtig erneut, den Interzonenpaßzwang im Verkehr zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone von sich aus aufzuheben.

Die drei westalliierten Oberkommissare hatten dem sowjetischen Oberkommissar Semjonow in den letzten Monaten zweimal vorgeschlagen, den Interzonenpaßzwang abzuschaffen und gemeinsam auf die von den deutschen Behörden verlangte Aufenthaltsgenehmigung zu verzichten. Semjonow hatte in seiner Antwort erklärt, daß diese Frage zwischen der Bundesregierung und der Pankower Regierung besprochen werden müsse. Diese Antwort war von westlicher Seite mit der Begründung zurückgewiesen worden, allein die Besatzungsmächte könnten über die Aufhebung beschließen.

Den Plänen der Westmächte zur Aufhebung des Interzonenpaßzwanges versuchen die sowjetischen Behörden in der Sowjetzone jetzt dadurch auszuweichen, daß sie die Ausfertigung und Beglaubigung von Interzonenpässen den Pankower Behörden übertragen haben.

Deutsch-belgische Gruppen

Brüssel (AP). In der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft werden voraus-

sichtlich zwei Armeegruppen aus deutschen und belgischen Streitkräften gebildet werden, hat der belgische Verteidigungsminister nach einer Unterredung mit dem NATO-Oberbefehlshaber, General Gruenther, mitgeteilt. Die eine Armeegruppe, bestehend aus zwei belgischen und einer deutschen Division, werde unter belgischem Kommando, die andere, mit zwei deutschen und einer belgischen Division, unter deutschem Kommando stehen.

Memorandum gegen Paulus

Der Öffentlichkeit übergeben — War er sowjethörig?

Bonn (DPA). Der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Mende hat der Öffentlichkeit ein Memorandum zugeleitet, in dem ein ehemaliger Ordonnanzoffizier im Stabe eines Stalingrad-Armee-korps sich über das Verhalten des früheren Generalfeldmarschalls Paulus während der letzten Kämpfe um Stalingrad äußert.

Der Offizier erklärt, Paulus sei den Sowjets innerlich hörig geworden, nachdem sie gewisse moralische Druckmittel gegen ihn in die Hand bekommen und davon abgesehen hätten, ihn unter Anklage zu stellen. Ein Druckmittel sei der völkerrechtswidrige Befehl von Paulus gewesen, auf Parlamentäre

Verschwörung aufgedeckt

Teheran (AP/DPA). In Persien ist eine kommunistische Verschwörung zugunsten des früheren Ministerpräsidenten Mossadeq aufgedeckt worden. Es war geplant, einen Generalstreik auszurufen und, wenn möglich, die Regierung Sahedi zu stürzen.

Nach Mitteilung des Militär-gouverneurs von Teheran sind seit der Amtsübernahme Sahedis 208 kommunistische Zellen in Persien zerschlagen worden. 812 Personen sind wegen kommunistischer oder regierungsfeindlicher Tätigkeit noch in Haft.

zu schießen. Die zweite Belastung seien Vorgänge im Lager Woronowo, wo sowjetische Gefangene wegen der schlechten Verpflegungslage nicht ordnungsgemäß hätten ernährt werden können. Als im Lager die schlimmsten Zustände ausgebrochen seien, habe General Jänecke, Befehlshaber des 4. Armeekorps, den Vorschlag gemacht, eine Frontlücke aufzumachen und den Sowjets die Gefangenen zurückzuschicken. Diesen Vorschlag habe Paulus abgelehnt. Später hätten die Sowjets in dem Lager nur noch wenige Überlebende vorgefunden.

Schließlich habe Paulus dem sowjetischen Generalankläger in Nürnberg Material gegen den deutschen Generalstab gegeben.

Roter Spion verurteilt

Ein Jahr Gefängnis — Früher Sowjet-Agent

Luzern (AP/DPA). Das schweizerische Bundesgericht hat den Buchhändler Rudolf Rössler wegen Spionage im Auftrag der Tschechoslowakei zum Nachteil der NATO-Mächte in Deutschland und anderen Teilen Westeuropas zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Sein Verbindungsmann, Dr. Schnieper, erhielt neun Monate Gefängnis.

Der 1933 aus Deutschland nach der Schweiz emigrierte Rössler gestand vor dem Schweizer Bundesgericht in Luzern, seit 1947 Berichte über die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Westmächte in Deutschland und die westliche Auswertung der deut-

schen Atomforschung an den tschechoslowakischen Geheimdienst gegeben zu haben.

Rössler, während des zweiten Weltkrieges einer der führenden sowjetischen Agenten in Mitteleuropa und Mitglied der „Roten Kapelle“, steht bereits zum zweitenmal wegen Spionage vor einem Schweizer Gericht. Ende des zweiten Weltkrieges war er für schuldig befunden worden, deutsche militärische Geheimnisse an die Sowjetunion weitergeleitet zu haben. Im Kreuzverhör gestand er, seine Spionagetätigkeit zugunsten des Ostblocks im Jahre 1947 gegen hohe Geldbeträge wieder aufgenommen zu haben.

Aus Sicherheitsgründen

Washington (AP). Aus Sicherheitsgründen hat das US-Außenministerium in den letzten acht Monaten 484 Personen entlassen.

Für jede Möglichkeit

Bonn (DPA). Der Chef des gemeinsamen Generalstabes der amerikanischen Streitkräfte, Admiral Radford, erklärte in Bonn, daß er die Qualität der zukünftigen deutschen Kontingente für die Verteidigung des Westens hoch einschätze. Eine Alternativlösung für die EVG gehöre in das Gebiet der Politik. Auf militärischem Gebiet habe man für jede Möglichkeit Pläne ausgearbeitet.

Roter Wellensalat im 40-Meter-Band

Kommunistische Amateurfunker an der Arbeit — „Spruch hat keinen Sinn“

In turnusmäßigen Abständen darf die SED-Presse Enthüllungen über obskure „Agentengruppen“ bringen, die mit behäufelter Regelmäßigkeit „Funkgeräte amerikanischen Ursprungs“ auf dem Rücken zu tragen pflegen. Dieser Tage brachten die kommunistischen Blätter sogar das Bild eines US-Sendegerätes, das anscheinend von der amerikanischen Pacht- und Leihhilfe an die Sowjets übriggeblieben ist. Der naive Leser soll danach glauben, daß jeder heute in der Zone ungestört einen eigenen Sendebetrieb entfalten kann. Wer die Funkverhältnisse im ostdeutschen Raum kennt, mag darüber lachen. Wer sie nicht kennt, der gehe gelegentlich abends auf das 40-Meter-Kurzwellenband. Vielleicht kann er dort Agenten hören, nur wird er, sofern jene nicht chiffriert senden, feststellen, daß es waschechte SED-Genossen sind.

Da sendet eine Amateurfunkgruppe der „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) dreimal wöchentlich aus dem Raum Schwerin politische Hilfskurse für westliche Amateure: „Liebe Freunde, wir hier in der DDR kämpfen für den Frieden. Kämpft ihr auch für den Frieden?“ Und: „Unser Freund Emil Burtze, der euch die letzte Sendung übermittelt, wird sich bald ein AWO-Motorrad kaufen. Die letzte großzügige Preis-senkung unserer Regierung gestattet ihm dies.“ Zugegeben, daß dies unerhört spannend ist, und anfangs haben die westlichen Amateure die politischen Frequenzübungen jener Gruppe auch höflich quittiert. Inzwischen gehen sie ihnen jedoch allmählich auf die Nerven, und immer häufiger kommt es vor, daß den Schwerinern kurzerhand mit „QZL“ geantwortet wird: „Spruch hat keinen Sinn!“

Militärische Funkausbildung

Die Frage, ob es in der Sowjetzone einen Amateurfunk gibt, beantwortet sich von selbst. 16 lizenzierte „Amateur“-Stationen gibt es, und alle 16 gehören der kommunistischen GST. In ihnen werden künftige Nachrichten-Vops und Schiffsfunker geschult.

Soweit sie die Genehmigung haben, auch mit westlichen Amateuren Funkverkehr zu treiben, stehen sie unter strenger Zensur der GST-Leitungen, denen sie regelmäßig Hör- und Sendeberichte zuzuleiten haben.

Mitglied einer Lehrgruppe für Amateurfunk darf nur werden, wer längere Zeit aktiv in der

GST mitgearbeitet hat. Gelingt es ihm, die Funkprüfung zu erhalten, wird er einer GST-Gruppe als „DM“-Empfangsamateur zugewiesen. Hier darf er nur auf festgelegten Wellenlängen im Gemeinschaftsempfang Hörberichte anfertigen und diese über den GST-Vorstand dem auswärtigen Sendeamateure zuschicken. Will dieser durch Übersendung einer Anerkennungskarte danken, kommt er unweigerlich mit dem Zentralvorstand der GST in Kontakt, wird registriert und auf „Ansprechbarkeit“ geprüft.

Sinn des kompliziert scheinenden Geschehens ist: Funkausbildung erfolgt nur über die GST. Und: Zusammenstellung einer Karte westlicher Amateurfunker, mit denen man politisch Kontakt aufzunehmen versucht. Fast immer vergeblich. Von der westlichen Seite schallt es zurück: „QZL“ — es hat keinen Sinn!

Hat der kommunistische Empfangsamateur lange genug für seine Organisation im Äther herumgehört, darf er nach Ablegung einer weiteren Prüfung einer der 16 GST-„Amateur“-Gruppen beitreten und Funkverkehr betreiben. Grundsätzlich sollen keine eigenen Funkstationen betrieben werden; der GST-Funk wickelt sich in streng kontrollierten „Stützpunkten“ ab.

Nichtlizenziertes Funken wird in der Sowjetzone mit Zuchthaus bestraft! Vopo-Funkmeßtrupps (Radarpeiler) durchstreifen die Zone kreuz und quer nach illegalen Funkstellen, und es dürfte schwer halten, auf die

Dauer einen echten Amateurfunk durchzuführen.

Gegenwärtig liegen der Gesellschaft für Sport und Technik einige tausend Anträge auf Errichtung einer Amateurfunkstelle vor. Da diese mit geringen Mitteln von jedem Amateur aufzustellen ist, scheint es verwunderlich, daß es bisher nicht mehr als 16 Stationen in der Zone gibt. Hier liegt die Ursache in der Furcht vor sogenannten „Illegalen“, freien Amateuren also, die nicht zensierte Sprüche in den Äther senden möchten. Jede neue Station muß von der Volkspolizei genehmigt werden.

Fortsetzung des Märchens

Was ist aber nun mit jenen Agenten, die es regelmäßig funkgerätbepackt in der SED-Presse zu entlarven gilt? Niemand weiß besser als die Volkspolizei und der SSD, daß man heute in der Zone keinen unkontrollierten Sendebetrieb durchführen kann. Jeder nichtlizenzierte Sender würde sofort geortet werden. Für die kommunistischen Zeitungen sind die Funkgeräte der „Agenten“ eine billige Erweiterung des Märchens von den Saboteuren.

Denn — wenn man heute so unkontrolliert senden und empfangen könnte, warum wohl geben die SSD-Stützpunkte Magdeburg, Finsterwalde und Erfurt ihre für kommunistische Agenten in der Bundesrepublik bestimmten Sendungen chiffriert hinaus? Der SSD weiß um die Gefahr des Kurzwellenfunks und schaltet in seinem Machtbereich jede Gefahrenmöglichkeit durch strengste Funkkontrolle aus. Seine West-Agenten dagegen erfreuen sich der in der Bundesrepublik geübten Freizügigkeit im Funkverkehr. Und das ist ganz gut so, denn ein Einschreiten gegen sie brächte die Bundesabwehrorgane um manchen Spaß. Zumal es noch keinen SSD-Code gegeben hat, den die westlichen Fachleute nicht entschlüsselten.

Die West-Amateure kennen das. Wenn es aus dem östlichen Äther funkt: „Hier Caféhaus, wann kommen die Blumen?“, dann wissen sie, daß die SSD-Amateure am Werke sind.

Mehr Propaganda – weniger Erträge

Die Lüge vom besseren Lebensstandard

Berlin (Eigenbericht). Die Landwirtschaft und die ihr angeschlossenen Verarbeitungsbetriebe sind noch immer der wichtigste Zweig der Volkswirtschaft. Er lag vor 1945 in der sowjetischen Besatzungszone bei 68 Prozent des Gesamtvolkeinkommens und hat sich durch die kommunistische Agrarpolitik bis heute um rund 50 Prozent verringert. Dieser Ausfall des Volkeinkommens muß naturgemäß von der Bevölkerung zusätzlich aufgebracht werden. Sei es durch überhöhte Arbeitsleistungen oder Lieferung von schlechten Waren, die schneller verschleißt und deshalb öfter umgesetzt werden müssen.

Die Auswirkungen der SED-Agrarpolitik sind am deutlichsten in den Erträgen der einzelnen Früchte feststellbar. Selbst in diesem Jahr sind noch nicht die Friedenserträge von 1938 erreicht worden. Sie liegen in Getreide bei 75 Prozent, Kartoffeln 77 Prozent und Zuckerrüben 81 Prozent. Dagegen hat die Landwirtschaft im Bundesgebiet ihre Erträge im Verhältnis zur Friedensernte bei Getreide um 11 Prozent, Kartoffeln 12 Prozent und bei Zuckerrüben um 13 Prozent steigern können.

Voller Stolz berichtete Grotewohl, daß der Schweinebestand in der Sowjetzone heute um

2,7 Mill. Stück höher liegt als 1938. Er verschweigt jedoch dabei, daß trotz der Steigerung der Schweine der Fleischanfall um 32 Prozent geringer ist. Während der Bauer in Friedenszeiten ein 2½-Zentner-Schwein in acht Monaten mästete, werden heute durchschnittlich 13 Monate benötigt, um auf dieses Gewicht zu kommen. Futtermangel, Seuchen und Umstellung in der Wirtschaftsstruktur sind die Hauptsursachen. Die gleichen Zustände herrschen bei der Rinderzucht.

Fett und Fleisch sind nun

einmal die Nahrungsgüter, die bis heute in Mitteleuropa nicht ausreichend vorhanden sind und bei Fortführung der kommunistischen Agrarpolitik weiter absinken werden, obgleich die restlose Versorgung aus eigenen Beständen bei einer freien Wirtschaft unbedingt gesichert wäre. Man versucht, diese und andere Lücken durch Importe aus dem Ostblock zu schließen, ohne dabei in der Lage zu sein, wie im Bundesgebiet die Ausgaben durch Exportartikel auszugleichen. Von einer echten Hebung des Lebensstandards, wie sie jetzt von Pankow propagiert wird, kann deshalb in der Zone keine Rede sein.

Häftlinge flüchteten aus Dessau

Berlin (Eigenmeldung). Vor einigen Tagen gelang es drei jugendlichen politischen Häftlingen, aus dem SSD-Gefängnis in Dessau zu flüchten. Sie waren dort seit einigen Monaten wegen „Aufruhrs“ in Haft und sollten demnächst der sowjetischen Militärjustiz zur Aburteilung ausgeliefert werden.

Vormilitärische Kurse

Berlin (DPA). Die sowjetzonalen vormilitärischen „Gesellschaft für Sport und Technik“ hat in letzter Zeit ihre Arbeit wieder intensiviert und auf militärische Ausbildungskurse vorwiegend für jugendliche Belegschaftsmitglieder konzentriert. Nach der Proklamation

des „neuen Kurses“ war die Arbeit der Gesellschaft zunächst auf die rein sportliche und technische Ausbildung eingeschränkt worden.

Else Zaisser abberufen

Berlin (DPA). Else Zaisser, die Gattin des früheren Pankower SSD-Ministers Wilhelm Zaisser, ist, wie verlautet, von ihrem Amt als Volksbildungsministerin abberufen worden. Das Ministerium wird vorläufig von dem bisherigen Staatssekretär Laabs (SED) geleitet. Frau Zaisser war in letzter Zeit mehrmals wegen „ideologischer Unklarheiten“ scharf angegriffen worden.

Pankow soll Maschinen kaufen

Berlin (Eigenmeldung). Der gemischten sowjetisch-deutschen Kommission, die in Osterlin die Übergabe der ehemaligen SAG-Betriebe zum 1. Januar 1954 durchführen soll, liegen genaue Aufstellungen sowjetischer „Spezialisten“ über Anzahl der montierten Maschinen und Mengen der Rohstoffe vor. Die Maschinen und Rohstoffe werden nur zum Teil in den Betrieben belassen, der übrige Teil muß zu von den Sowjets festgesetzten Preisen, die den tatsächlichen Wert zum Teil weit übersteigen, von Pankow übernommen werden. Alle bis zum Januar nicht durchgeführten Reparationsaufträge müssen

auch nach Rückgabe der Betriebe ausgeliefert werden.

Protestaktion in Dresden

Dresden (Eigenmeldung). In Dresden ist es in der letzten Woche zu Protestaktionen der Bevölkerung wegen der schlechten Kartoffel- und Kohlenversorgung der Haushalte gekommen. Vor einem Konsumladen anstehende Menschen, hauptsächlich Frauen, die stundenlang vergeblich auf eine Zuteilung gewartet hatten, forderten eine sofortige Belieferung. Am späten Abend erschien ein Vopo-Lkw, mit Kartoffeln aus Beständen der kasernierten Volkspolizei,

„Säuberungswelle“ im Rundfunkhaus

Berlin (Eigenmeldung). Sowjetische Soldaten begannen nach dem Besuch eines sowjetischen Generals mit der Säuberung des Rundfunkhauses in der Berliner Masurenallee. Mit Besen und Schaufeln räumten sie in stundenlangender Arbeit den jahrelangen Schmutz beiseite. Tische und Stühle wurden ordnungsgemäß zusammengestellt.

Über die unmöglichen Zustände im Rundfunkhaus, die fast einer völligen Verwahrlosung glichen, hatte der TAG mehrmals berichtet. Berichte, nach denen das Haus von den Sowjets geräumt wird, wurden von den Engländern bisher nicht bestätigt.

Nur flüstern . . .

Keine Aussichten

Einem Volkspolizisten fiel ein Mann auf, der verstört durch die Stadt lief. Mißtrauisch stellte er ihn zur Rede: „Sie sind wohl ein Saboteur?“ Seufzte der Mann: „Ich glaube nicht. Ich habe eher den Eindruck, daß ich sabotiert werde. Ich wollte mir nämlich das Leben nehmen.“

„Na — und?“

„Es geht nicht. Erst wollte ich mich erhängen — da riß der Papierstrick. Dann habe ich es mit Schlaftabletten aus den volkseigenen Chemiewerken versucht. Ich wurde von 40 Stück nicht einmal müde. Dann versuchte ich, mich mit Gas zu vergiften — da war gerade Sperrstunde. Und eben wollte ich mich ertränken — ich ging nicht unter, weil in meinem Anzugstoff zu viel Holz ist. Nun habe ich es aufgegeben. Denn wenn ich jetzt auch noch versuchen wollte, mir an den Mauern der Stalinallee den Kopf einzurennen — ich bin überzeugt, die Mauern fallen zusammen, und mir ist doch nichts passiert.“



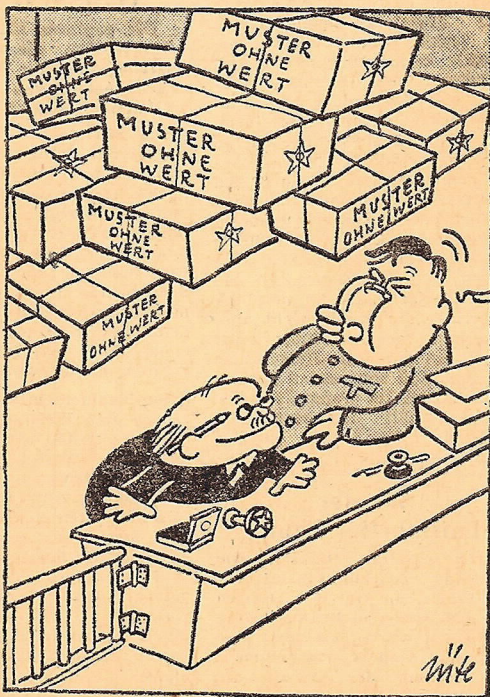
Herzlichen Glückwunsch!

UdSSR — das neue Hellas?

Wie nie zuvor bemühten sich alle „offiziellen“ Schriftsteller der Sowjetzone, den 36. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution und damit die Sowjetunion zu verherrlichen. Der „Lyriker“ und „Dr. h. c.“ Johannes R. Becher liegt mit seinem Aufsatz „Es glänzt ein Sternzeichen . . .“ im „Neuen Deutschland“ an der Spitze:

„Vormals war es Hellas, das alte Griechenland im Glanz der Sonne Homers, das Land der Sehnsucht, das viele Künstler und Dichter mit der Seele gesucht haben . . . Kein Land der Erde aber hat Künstler und Wissenschaftler gleichermaßen mit solcher unwiderstehlichen Gewalt zu sich hingezogen wie das neue Rußland, die Sowjetunion. Das Sowjetland ist das Land, in dem das ‚Land der Sehnsucht‘ verwirklicht ist.“ Ein „neues Weltleuchten“ sei in der UdSSR aufgegangen, das nicht nur das „Licht der Sonne Homers“ umfaßt, sondern wie ein „neues Sonnensystem“ alle Genien der Menschheit in sich vereinigt.

Johannes R. Becher hat bei seinem begeisterten Vergleich vergessen zu betonen, daß natürlich auch die schöne Helena von roten Schönheiten weit übertroffen wird. Zum Beispiel von Hilde Benjamin.



„Haben wir sonst noch eine Antwortnote zu verschicken?“

Ruhr-Jugenddorf als Beispiel

Geordnetes Gemeinschaftsleben für Bergarbeiter-Nachwuchs

Der Ruhr-Bergbau war noch vor wenigen Jahren für Hunderttausende von Jugendlichen das große Abenteuer. Hohe Löhne, bessere Lebensmittellversorgung und Deputatkohle lockten alle die an, die in keinem geregelten Beruf unterkamen. Die Enttäuschung ließ nicht lange auf sich warten. Die „Neu-Bergleute“ hatten sich keine Vorstellung von den Erfordernissen dieses traditionsreichen, schweren Berufes gemacht.

15 Prozent Abgänge nach kurzer Anlernzeit wurden durchschnittlich verzeichnet, und jeder Mann hatte die Zeche bereits 1000 DM gekostet, ehe er einsatzfähig war. So mußten die Bergwerkseigenen nach neuen Wegen zu einem qualifizierten Nachwuchs suchen.

Sie faßten ihre Lehrlinge, die von außerhalb kamen oder keine Familie mehr hatten, in Gemeinschaften zusammen, und dabei entwickelten sich drei verschiedene Gruppen der Lehrlingsbetreuung. Einmal wurden die Jugendlichen in Heimen untergebracht, die weiter nichts sein wollten als preiswerte und saubere Unterkünfte. Die zweite Form der Betreuung entstand in den Pestalozzi-Jugenddörfern, wo jeweils eine Bergarbeiterfamilie sechs Jungen bei sich aufnimmt und betreut. Aber auch sie waren nicht das Ideal. Die dritte Gemeinschaftsform, die wir bei einem Besuch im Ruhr-Jugenddorf Castrop-Rauxel kennenlernten, bewährte sich bisher am besten, und ihr wird wohl auch die Zukunft gehören.

Langgestreckte freundliche Häuser, von Grünflächen umgeben, gruppieren sich um das Gemeinschaftshaus, in dem die Lehrlinge für wenig Geld ausgezeichnet essen können. Mit 14 Jahren treten die Jungen hier ein und sind vom ersten Tag an unabhängig. Im ersten Jahr der Lehre erhält der angehende Bergmann im Monat 140 DM brutto. Nach Abzug der Beträge

für Unterkunft und Verpflegung bleiben ihm 30 bis 40 DM zum persönlichen Verbrauch. Mit 15 Jahren verdient der Junge bereits 170 DM, und im dritten Lehrjahr trägt er fast 200 DM nach Hause. Davon kann er monatlich 60 DM für sich verbrauchen.

Jungen mit so viel Geld in der Tasche sich selbst zu überlassen, wäre nicht ohne weiteres zu verantworten. Daher werden die Lehrlinge von erfahrenen Pädagogen aus den karitativen Verbänden beider Konfessionen kaum merkbar geleitet. Je drei der Jungen bewohnen ein ge-

schmackvoll eingerichtetes Zimmer, und für jedes Wohnhaus, in dem je 40 Lehrlinge untergebracht sind, ist ein Jugendpfleger mit seiner Frau verantwortlich.

Zum richtigen Schauen angeleitet, sind fast alle Berglehrlinge hier erfüllt von der Sehnsucht nach fremden Ländern, für deren Besuch sie eifrig sparen. So waren zwei Gruppen von ihnen in Belgien und Holland, eine in Tirol, und gegenwärtig rüsten Berglehrlinge aus Castrop zu ihrer ersten großen Spanienfahrt.

Die Hausordnung haben sich die Lehrlinge selber gegeben. Sie wird von der „Vollversammlung“ aller Jungen beraten und aufgestellt. Und was sagen die Eltern zu diesem Gemeinschaftswerk? Sie sind begeistert und stehen rückhaltlos hinter der Heimleitung, die ihnen regelmäßig durch Rundbriefe vom Leben im Ruhr-Jugenddorf Castrop-Rauxel berichtet.

Klassen für Zonen-Oberschüler

Die geplante Einrichtung von 13 Klassen an sechs Berliner Oberschulen, die den Abiturienten aus der sowjetischen Besatzungszone die Möglichkeit geben sollen, ihre Reifeprüfung nachzuholen, gab der Senator für Volksbildung, Prof. Dr. Tiburtius, bekannt.

Die seit dem 1. Januar 1951 abgelegten Reifeprüfungen auf sowjetzonalen Schulen werden nach einer für das Bundesgebiet und Westberlin gültigen Regelung nicht mehr anerkannt. Es leben zur Zeit 350 Ost-Abiturienten in Berlin, die ein Schülerstipendium von 65 DM monatlich erhalten. Als Endlösung erstrebt man die finanzielle Gleichstellung dieser Ost-Schüler mit den Ost-Studenten.

Im Sommersemester 1953 waren an den Westberliner Hochschulen 11 409 Studenten eingetragen. Davon erhalten 3568 Ost-Studenten ein Währungsstipendium von 90 DM. Von den 7411 Studenten aus Westdeutschland und Westberlin erhalten 2204 ein Sozialstipendium, das im Durchschnitt ebenfalls 90 DM beträgt. Beide Stipendienarten verursachen der Stadt Berlin jährlich etwa 6 Mill. DM Unkosten. Das Volksbildungsamt plant, die Quote der Sozialstipendiaten von bisher 30 auf 25 Prozent herabzusetzen bei gleichzeitiger Erhöhung der ein-

zelnen Stipendiensätze auf 100 D-Mark. Dabei soll eine strengere Auslese nach der Begabung helfen, das Gesamtniveau der Studierenden zu heben.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Wieder Luftfahrtforschung

Braunschweig (DPA). Die Deutsche Forschungsanstalt für Luftfahrt, die in den Jahren vor dem Krieg in Braunschweig gegründet wurde, hat jetzt ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Gebäude der Anstalt, die nach 1945 als Wehrmachtseigentum beschlagnahmt worden waren, sind freigegeben worden.